

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
Wöchentlich 5 Heller Post

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verwaltung: Drag II, Refikauka 16 • Tel.: 26705, 31400, 31401, 31402, 31403 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 20. Dezember 1933

Nr. 297.

Auch der Senat fügt sich Chautemps

Paris, 19. Dezember. (Havas.) Der Senat hat heute abends der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und gleichzeitig mit 201 gegen 56 Stimmen den 6. Abschnitt des Finanzgesetzes angenommen, der die zeitweise Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter behandelt, u. zw. in dem Wortlaut, in welchem dieser Artikel bei der Abstimmung in der Kammer festgelegt wurde.

Der Senat hat sich also keineswegs an den Antrag des Finanzausschusses des Senates gehalten. Die Regierung hatte vorher die Vertrauensfrage gestellt, damit der Antrag gemäß den Beschlüssen der Kammer zur Annahme gelange.

Große Spionageaffäre in Paris?

Paris, 19. Dezember. Der „Petit Parisien“ spricht von einer groß angelegten Spionageaffäre, die nach wochenlangen Bemühungen in Paris aufgedeckt wurde und zur Verhaftung von 18 Personen, zumeist Ausländern, aber auch einiger Franzosen geführt hat. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere weibliche Personen, darunter die Tochter eines im Ruhestand lebenden französischen Polizeikommissärs. In den letzten 48 Stunden wurden in Paris zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Weitere Verhaftungen ständen bevor.

Namen werden vorläufig nicht genannt, auch sind keine Einzelheiten veröffentlicht, angeblich um die im Gange befindliche Polizeialktion nicht zu hindern.

Kundgebungen für Torgler in der Schweiz

Bern, 19. Dezember. (SDA.) Montag fanden in Zürich drei öffentliche Kundgebungen gegen die Strafanträge des Oberreichsanwaltes Dr. Werner im Leipziger Reichstagsbrandprozess statt. Vor insgesamt 7000 Personen sprachen acht verschiedene Redner, welche ausdrücklich betonten, daß diese Kundgebungen keinerlei politischen, sondern ausschließlich menschlichen Charakter trügen. Die Versammlungen stimmten einer Resolution zu, die sich an den Präsidenten des Strafenates des Reichsgerichtes wendet und in welcher ausgesprochen wird, daß die Bestrafung des ehemaligen Abgeordneten Torgler ein Justizverbrechen und die Verurteilung zum Tode ein Justizmord wäre. Die Versammlung beschwört das Leipziger Reichsgericht, nicht nur die Bulgaren, sondern auch Torgler freizusprechen.

Die geheime Staatspolizei in fremden Ländern

Die „Deutsche Freiheit“, Saarbrücken, berichtet, daß in Amsterdam ein Spiegel der Geheimen Staatspolizei in dem Augenblicke gestellt wurde, da er einem Emigranten in einem Hotel Material entreißen wollte. Der Spiegel hatte einen Paß bei sich, der auf den Namen Kronenborg lautete. In seiner Brieftasche hatte er 1200 Mark und ein Bankbuch mit Ueberweisungen des deutschen Konsuls in Rotterdam, das auf 4000 Mark lautete. Auch besaß er, neben der Bestätigung über eine Geldüberweisung aus Paris, eine Besuchskarte des deutschen Konsuls in Antwerpen.

Ein Schriftstück, das in der Brieftasche des Spions gefunden wurde, ist besonders bemerkenswert. Es ist eine Bestätigung des Arbeitsamtes Altona, mit der Kronenborg nach Frankreich unter Weiterzahlung der Unterstützung beurlaubt wird.

„Kronenborg“ hatte Bestätigungen der politischen Polizei bei sich, aus denen hervorgeht, daß er in ihren Diensten steht.

Selbst „Kronenborgs“ treiben sich auch in anderen Ländern, insbesondere aber in der Tschechoslowakei, herum. Erst vor kurzem wurde in Prag eine elegante „Dame“ verhaftet, die sich als geschickte Spionin entpuppte, und es insbesondere auf die Verpöbelung der Emigranten abgesehen hatte.

Vertrauen Frankreichs in seine militärischen Verteidigungskräfte

Paris, 19. Dezember. Die Kammer nahm am Abend nach einer langen, leidenschaftlichen Debatte, die den ganzen Nachmittag in Anspruch nahm und in welcher die Redner der Rechten mit den Vertretern der Linken heftig zusammenstießen, mit 449 gegen 147 Stimmen den Gesetzesentwurf an, welcher die französische Rekrutenaushebung vom Jahre 1935 an regelt.

Von diesem Jahre an und besonders vom Jahre 1936 an wird in Frankreich die Zahl der Rekruten, die in den Kriegsjahren geboren sind, bedeutend sinken. Um diesen bedeutenden Ausfall auszugleichen, wird die Regierung vom künftigen Jahre ab nur die ältesten Wehrpflichtigen der entsprechenden Jahrgänge ausheben und dann nach und nach die Altersgrenze herabsenken. Außerdem wird sie längere Zeit, eventuell bis zu drei Jahren, jene Rekruten im Dienste zurückhalten, die durch ihre Bildung oder durch ihre handwerklichen Fähigkeiten für die Armee notwendig sind.

In der Debatte über diesen Entwurf erklärte der ehemalige französische Ministerpräsident Tardieu, daß dies eine vollkommen unzureichende Maßnahme sei und bezeichnete sie als bloße Improvisation.

Ihm erwiderte Kriegsminister Daladier, der in einer von der ganzen Kammer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede erklärte,

es sei ein vollkommenes Verstum zu glauben, daß Frankreich nicht fähig wäre, selbst seine Sicherheit zu gewährleisten. Frankreich

habe jetzt 468.000 Mann im aktiven Dienst, wozu noch insbesondere 500.000 voll ausgebildete Reservisten hinzukommen. Frankreich besitze ein Festungssystem, das in der Welt und in der Geschichte nicht seinesgleichen habe.

Daladier lehnte die Meinung ab, daß mit einer Armee von 500.000 Mann ein feindlicher Einfall nicht abgewiesen werden könnte und daß die Nation dem Feinde auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre.

Müller beharrt auf Aufrüstung

Paris, 19. Dezember. Die Berliner Berichtserfasser der Pariser Blätter melden, daß heute abends der Rat der französischen Botschaft in Berlin Arnol in Paris eintreffen wird, der die Antwort der deutschen Regierung auf die Fragen bringen wird, die der französische Botschafter in Berlin Francois Poncet bei seinem letzten Zusammentreffen mit Reichkanzler Hitler diesem vorgelegt hat.

In dieser Antwort präzisierte Deutschland seine Forderungen in der Rüstungsfrage. Es seien dies die bekannten Forderungen: aktive Armee von 300.000 Mann und Aufrüstung Deutschlands zu Verteidigungszwecken auf die gleiche Stärke, wie sie die übrigen europäischen Großmächte besäßen.

Neu sei ein Antrag Deutschlands auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Frankreich auf die Dauer von zehn Jahren.

Heute Neuwahlen in Rumänien Ueberrorgen Senatswahl

Aus Bukarest wird dem Tsch. P.-B. geschrieben: Am Mittwoch, den 20. Dezember, finden in Rumänien die Wahlen in das Abgeordnetenhaus statt, am Freitag, den 22. d. M., wird der Senat gewählt.

Es werden 387 Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt werden. Das Wahlrecht haben Männer vom 21. Lebensjahre, während die Frauen kein Stimmrecht haben. Nach dem rumänischen Wahlgesetz erhält die Kandidatenliste, die 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, noch eine Sonderprämie, nach der ihr die Hälfte aller Mandate, d. h. 187 Mandate, zufallen.

An den Wahlen in das Abgeordnetenhaus werden sich heuer sechzehn politische Gruppen beteiligen, und zwar: Die national-liberale Partei (Vorsitzender Ministerpräsident J. G. Duca), die nationale Bauernpartei (Vorsitzender J. Mihalache), die liberalen Dissidenten (Vorsitzender Georg Bratianu), die nationale Agrarpartei des

D. Goga, die Bauernpartei des Dr. Lupu, die Volkspartei (Vorsitzender Marschall Averescu), die Liga der nationalen christlichen Verteidigung (Professor A. C. Cuza), die ungarische Partei, die Bauernunion, die radikale Bauernpartei, die Sozialdemokraten, die jüdische Nationalpartei, der Bürgerblock, der Arbeiterblock, die sozial-universalistische Partei und schließlich die Arbeiterpartei.

Die Gruppen, die nicht 2 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, können keine Vertreter im Abgeordnetenhaus haben.

Das Kollegium für die Senatswahl wählt am 22. d. M. durch direkte Abstimmung 113 Senatoren. Die Departementräte und Gemeinden wählen 71, die Kammern der freien Berufe und die Universitäten 20 Senatoren. — Für die Wahl in bildeten sich einige Wahlkreise: Die liberale Partei schloß mit der deutschen Partei, die Volkspartei mit der konservativen Partei ein Wahlbündnis.

Neuer Gegenprozess

London, 19. Dezember. (Reuters.) Die internationale Kommission, die den Reichstagsbrand unteruchte, trat heute vormittags unter dem Vorsitz des Schweden Branting zusammen.

Bergeryn erläuterte über den Rapport des Submittes, das sich nach Leipzig begeben hatte, eingehenden Bericht. Aus den in Leipzig beschafften Zeugnisaussagen geht hervor, daß Van der Lubbe nicht allein handeln konnte und daß es unmöglich ist, daß die Mitglieder der deutschen kommunistischen Partei, die unter Anklage stehen, an dem Brande teilnehmen konnten.

Dagegen bestehen ernste Indizien, daß Mitglieder der nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Weise in die Angelegenheit verwickelt sein könnten. Nach einer ausdrücklichen Erklärung Bergeryns enthielt die Aussage, die Van der Lubbe bei einem seiner Verhöre gemacht hat und die das Gericht vernommen hat, eine Anspielung darauf, wie die Brandstiftung erfolgt ist. Diese Erklärung ist wichtig, weil aus der Aussage, wenn sie näher geprüft wird, zu ersehen ist, daß in der Zeit, die Van der Lubbe zur Verfügung stand, er 167 verschiedene Angelegenheiten hätte verrichten müssen. Sein Bild und sein körperlicher Zustand betreffen jedoch, daß er das nicht tun konnte.

Es ist das somit ein schlagender Beweis gegen die Annahme, daß Van der Lubbe alleiniger Täter war.

Die illegale Arbeit

Eckernförde (Schleswig-Holstein), 19. Dezember. Die Polizei beobachtete seit einiger Zeit eine Anzahl Fischereifahrzeuge aus Eckernförde, die in der Nähe von Schleimünde kommunistische Beschriften an Bord genommen hatten. Die Flugblätter sind wahrscheinlich in Danemarl hergestellt und von ausländischen Dampfern zu den Abnehmern gebracht worden. Als das Schmutzgelut bei Nacht in den Hafen transportiert werden sollte, griff die Polizei zu. Drei Zentner Flugblätter mit hochverräterischem Inhalt wurden beschlagnahmt. Die Bootsführer, die ihren Transport kannten, sind verhaftet worden.

Waffenstillstand Bolivien—Paraguay

Montevideo, 19. Dezember. Die Waffenstillstandsbedingungen, zu deren Behandlung sich Bolivien bereit erklärte, werden morgen festgelegt werden. Der Waffenstillstand wird bis zum Jahresende laufen. In dieser Zeit werden der Präsident Uruguays und Mitglieder der Pan-Amerikanischen Konferenz sich bemühen, eine endgültige Einigung herbeizuführen.

Bauern unterm Fascismus

Die mit der Industriekrise Hand in Hand gehende Welt-Agrarkrise hat in so manchen Ländern auch die Bauern faszistischen Illusionen zugänglich gemacht. In Deutschland hat ja der „Führer“ den Bauern, die sich in ihrer bedrängten Lage nicht damit abfinden wollten, auf eine Besserung in der ganzen Welt zu warten, tausendmal versprochen, ihnen im Hundstrecke den vollen Ertrag ihrer Arbeit und noch manches darüber hinaus zu sichern und erwartungsvoll-begeistert halfen sie Hitler zur Macht. Aber auch bei unserer deutschen Landjugend machte die Verfechtung durch die Nazipest eine Zeitlang starke Fortschritte, so daß die Landbündler, auch wenn sie es heute bestreiten möchten, sich ernsthaft in ihren Positionen bedroht fühlten. Inwieweit in unseren Landgebieten bereits die Ernüchterung eingetreten ist, wollen wir hier nicht untersuchen, in Deutschland hat jedenfalls das Erwachen aus dem Hitler-rausch beträchtliche Fortschritte gemacht. Seitdem die Bauern sehen, daß bald nach einem Jahre Hitlerherrschaft ihre Schuldverpflichtungen nicht kleiner geworden sind, von einer Streichung ihrer Schulden, wie sie sie erhofften, keine Rede und der Exekutor noch immer eine alltägliche Erscheinung auf dem Dorfe ist, ja manches noch viel schlechter wurde, als es unter dem alten System war, seitdem ist ihre Begeisterung für die Hakenkreuzfahne stark im Verblasen. So hat man sich schließlich die Segnungen des Dritten Reichs nicht vorgestellt, daß die SS, die Elite-Banditentruppe, unter anderem auch zur Unterstützung der Zenerexekutoren auftreten wird.

Freilich, es gibt eine „Bauern“-Schicht, die Ursache hat, mit der braunen Tyrannei zufrieden zu sein: die Großgrundbesitzer. Um ihnen aufzuhelfen, wurden aus den industriellen Gebieten des Westens etwa 200.000 arbeitslose Jugendliche nach Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Pommern abkommandiert — natürlich „freiwillig“ — die zu einem so elenden Schandlohn arbeiten mußten, daß sie noch billiger kamen als die bekanntlich äußerlich anspruchslosen polnischen Wanderarbeiter, welche in früheren Jahren von den Großgrundbesitzern herbeigeholt worden waren. Richtiger ausgedrückt: die arbeitslosen Jungen und Mädchen erhielten überhaupt keinen Barlohn, der Großgrundbesitzer hatte nur für ihre Erhaltung zu sorgen, wofür er von der Regierung noch einen Betrag von 20 bis 25 Mark für jeden dieser Arbeiter erhielt. Das kann man schon ein gutes Geschäft nennen!

Den kleineren Bauern wurde auch allerlei vorgegaukelt, so soll durch verschiedene staatliche Zwangsmaßnahmen, durch Errichtung bäuerlicher Fideikommissen, durch Schaffung von Monopolen und eines Reichsnährlandes das Bauerntum „aus der kapitalistischen Verstricktheit herausgenommen“ werden, aber nach wie vor stehen Landwirtschaft und Regierung vor der unlöslichen Frage: Wohin mit den ungeheueren Vorkräten an Broikorn? Unlösbar insofern, als die Massen der Bevölkerung infolge der Arbeitslosigkeit und ihres verringerten Einkommens gezwungen sind, ihre Lebenshaltung einzuschnüren und ein normaler Konsum unmöglich ist. An die Demokratie hatten die Bauern den Glauben verloren und sich von der Errichtung der faszistischen Diktatur goldene Berge versprochen, doch trotz des Wechsels des Regierungssystems ist die Tatsache bestehen geblieben, die das Kernproblem bildet, das ist, daß die industrielle Produktion in Deutschland in den letzten fünf Jahren auf nahezu die Hälfte gesunken ist und dementsprechend auch die Kaufkraft der Bevölkerung.

Gewiß gäbe es Mittel, um die Produktion zu heben und auch der Verminderung

Neue Unruhen auf Kuba

Havana, 19. Dezember. Auf der Insel Kuba sind neue Unruhen ausgebrochen. In Havana allein wurden bei den neuen Ausschreitungen und Zusammenstößen sechs Personen getötet und 21 verletzt. Eine Menge überfiel u. a. in Managua, unweit von Havana, den Sommerhof Forstia Frances, welcher Mitglied des Revolutionärsausschusses war, der das gegenwärtige Regime installiert hat. Die Menge traf im Hause die Tochter Frances Josephine an, welche sie erschoss. In Havana steckte der Vöbel das Gebäude des Blattes „El Pais“ in Brand. Gestern explodierte in der Stadt auch eine Bombe, durch die fünf Personen verletzt wurden.

der Agrarwirtschaft entgegenwirken. Diese Mittel entstammen nicht dem kapitalistischen, sondern dem sozialistischen Arsenal, doch zu ihnen zu greifen, wird sich die heutige Regierung, die vom Hochkapitalismus und vom Großgrundbesitz abhängiger ist als jede der vorangegangenen, nicht entschließen. Die Schutzollstände, zu deren Erhöhung auch Hitler in seiner Ratlosigkeit beigetragen hat, sind nur dazu angetan, die Katastrophe noch weiter zu steigern.

Der selbe Wahn, der die deutsche Bauernschaft sich für Hitler begeistert ließ, hat seinerzeit auch die italienischen Bauern zu dem Irrglauben verleitet, die Diktatur werde ihnen helfen, wie übrigens auch anderswo die Meinung fuß gefaßt hat, es werde den Bauern erst besser gehen, bis irgend ein Mussolini oder Hitler „Ordnung gemacht“ haben werde. In der Tat tut sich der italienische Faschismus viel auf seine Bauernfreundlichkeit zugute, aber die Tatsachen stehen mit dieser Heuchelei in striktem Widerspruch. Wohl ist unter Mussolini — was manche kurzfristige Agrarier als ein Verdienst des Diktators ansehen werden — der Lohn der Landarbeiter um mehr als 60 Prozent gesteigert worden, aber die Lage der kleinen Bauern und Pächter ist dabei nur um so elender geworden. Die italienische Landwirtschaft ist aufs furchtbarste verschuldet (man schätzt die Schulden auf zehn Milliarden Lire) und in nicht wenigen landwirtschaftlichen Betrieben ist der Zinsendienst höher als der gesamte Ertrag. Es kommt oft genug vor, daß die Güter verpfändet werden, die dann der Staat oder Güterpächtern in Betrieb nimmt. Den Bauern wird mit besonderer Vorliebe das Schreckgespenst des „Marxismus“ an die Wand gemalt, jenes vorgespiegelten Dämons, der sie um ihr Hab und Gut bringen wolle — in Wirklichkeit wird das gerade unter dem Kapitalismus aufs ausgiebigste betrieben und auch der Faschismus hilft dabei mit.

Daß die kapitalistischen Rezepte zur Heilung der Landwirtschaftskrise nur unter dem Faschismus völlig ungehemmt zur Anwendung kommen können, hat viele Bauern glauben lassen, dieser werde ihnen das Heil bringen. An das Wichtigste, an das Entscheidende denken sie nicht: das ist, daß dem Preisverfall nur Einhalt getan werden kann, wenn sie Käufer in entsprechendem Maße für ihre Produkte finden, die aber der Faschismus in Hitlerdeutschland sowohl in Mussolinien durch die Kürzung der Löhne, der Gehälter, der

renten usw. nur noch verringert hat. Sie werden einsehen müssen, daß sie nicht jenes Interesse an der Erhaltung des heutigen bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems haben, wie man ihnen einzureden sucht und daß ihnen nur durch Einführung der Planwirtschaft, Regelung des Ein- und Verkaufs im Wege der Genossenschaften, durch Wiederherstellung der zerstörten Industrie und da-

mit zur Vermehrung der Konsumenten, durch einen den Ertragsverhältnissen angemessenen Zinsfuß geholfen werden kann. Nicht aber und am allerwenigsten durch einen braun oder schwarz angestrichenen Faschismus, der auch für die Kleinen auf dem Dorfe nur neue Knechtschaft und nichts als Steigerung ihres Elends, Verlust ihrer Freiheit mit sich bringen kann.

Das Dritte Reich im Rüstungsfieber

Genosse Jökl über die deutschen Geheimrüstungen

Prag, 19. Dezember. Die Budgetdebatten im Senatsplenum, die heute eröffnet wurde, nahm wiederholt auf die Verhältnisse in Hitlerdeutschland Bezug.

Von unserer Fraktion war es Genosse Jökl, der an Hand eines reichen Materials authentische Daten über die Größe der deutschen Geheimrüstungen brachte und die entsprechenden Schlussfolgerungen in außen- und innenpolitischer Hinsicht zog.

Genosse Jökl führte u. a. aus: Es wäre Vogel Strauß-Politik, wollten wir uns bei aller Anerkennung der Sorgen des Alltags im gegenwärtigen Moment der Laifade verschließen, daß wir zweifellos einer Zukunft entgegengehen, die uns mit größter Besorgnis erfüllen muß.

Es wird vielleicht manchen geben, der das Vorgehen des Dritten Reiches als impulsiv, als unüberlegt ansieht, aber das trifft nicht zu: Es liegt darin vielmehr ein bestimmter, wohl überlegter, bereits vorher angelegnter Plan.

Hitler spricht mit zwei Stimmen: eine Stimme, die für das Ohr des Auslandes bestimmt ist, und die zweite Stimme, die zum deutschen Volke spricht, die Kriegsvorbereitungen, Ausrottung der Feinde uhm. predigt.

Wer so naiv wäre, der ersten Stimme Glauben zu schenken, den müßte das, was heute im Dritten Reich vor sich geht, eines Besseren belehren. Seit Monaten geht im Dritten Reich eine schieferhafte Aufrüstung auf allen Gebieten vor sich, zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Geschiffe werden geschaffen, Tanks und Giftgas werden vorbereitet, ja sogar die Möglichkeiten eines bakteriologischen Krieges werden studiert.

Das sind durchaus keine vagen Behauptungen, wie Rodner an einer ganzen Reihe von Einzelfällen unter genauer Anführung von Details nachweist. In einer ganzen Reihe großer deutscher Fabriken wird Kriegsmaterial von gepanzerten Eisenbahnwaggons an bis zu Maschinengewehren und Handfeuerwaffen hergestellt, ja auch schwere Artillerie und Munition werden erzeugt — zum Teil in Schweden — und in Holland sind acht Firmen mit Rüstungsaufträgen für Deutschland überhäuft.

Die Hochkonjunktur der deutschen Rüstungsindustrie kommt besonders in den Kursen der Aktien zum Ausdruck.

Zeit 1932 sind die Aktien der Berlin-Karlshofen Industriewerke, die Infanteriemunition erzeugen, von 16 auf 60 Mark gestiegen, die der hawrischen Motorwerke (Flugzeuge und Minenwerfer) von 30 auf 120 bis 138 Mark. Die chemischen Fabriken machen unter der Kontrolle der nationalsozialistischen Partei Versuche mit Giftgasen. Auch zur See und längs der ganzen deutschen Küste herrscht eine ungewöhnliche Aktivität.

Mit der schließlichen Aufrüstung geht gleichzeitig auch eine Aufrüstung des Geistes.

Es gibt in Deutschland seit November 1932 an den Hochschulen eine Reihe von Lehrstühlen für Wehrwissenschaft. General Muth, Kommandant der fünften Infanteriedivision, wurde zum ordentlichen Professor für Wehrwissenschaft an der Universität Tübingen ernannt. Solche Lehrstühle für Wehrwissenschaft gibt es ferner an der Universität Leipzig, Marburg, Königsberg und einer ganzen Reihe anderer Hochschulen, die sämtlich von Militärpersonen besetzt sind.

Könnten wir heute mit einem aktionsfähigen Völkerbund rechnen, ja wäre es nur soweit, daß ein einseitiger Wille zwischen Frankreich und England vorhanden wäre, wir bräuchten und mühten der nächsten Zukunft nicht mit zu großer Bangnis entgegenzusehen wie es heute der Fall ist. Die Sozialistische Internationale hat stets die Gleichheit der Rechte und Pflichten der europäischen Völker gefordert und stets die Auffassung vertreten, daß die Gleichheit nicht aus der Wiederaufrüstung der besiegten Völker, sondern aus der Abrüstung der Siegermächte hervorgehen soll.

In diesem Sinne sprechen wir uns gegen jede Wiederaufrüstung Deutschlands, gegen alle Konzessionen an den deutschen Nationalsozialismus und Hitlerismus und gegen jede Sonderunterhandlung mit der deutschen Militärregierung aus.

Das provokatorische Verhalten des Dritten Reiches, das am drastischen dadurch zum Ausdruck kommt, daß es Grenzkonflikte mit allen seinen Nachbarn hat, zwingt diese Nachbarn, sich in Verteidigungszustand zu setzen. Frankreich, England, Belgien, Dänemark und die Schweiz haben es getan.

Mit der Frage der Ergänzung unserer Verteidigungsmaßnahmen wurde der Gedanke ventiliert, die Militärdienstzeit von 14 Monaten wieder auf zwei Jahre zu verlängern.

Ebenso wie unser Sprecher im Abgeordnetenhaus lehnt Genosse Jökl eine solche Maßnahme als völlig überflüssig entschieden ab. Wenn auch feststeht, daß der Krieg der Zukunft vorwiegend ein Krieg der Maschinen sein müßte, so würde neben den Spezialtruppen doch eine große Mehrheit an derer Soldaten gebraucht werden, deren Ausbildung notwendigerweise in kürzester Zeit vor sich gehen müßte. Auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz im Jahre 1926 hat die amerikanische Delegation auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges bereits überzeugend dargelegt, daß die Ausbildung eines Soldaten höchstens sechs Monate erfordert. Nicht Verlängerung, sondern eine weitere Verkürzung der Militärdienstzeit ist das Problem!

Abschließend weist Genosse Jökl die kürzlichen Angriffe Hilgenreiners gegen die deutschen Emigranten mit Entrüstung zurück und polemisiert gegen Heierfeld, der zu Beginn der heutigen Debatte auch eine Lanze für das Dritte Reich gebrochen hatte. Dem Dritten Reich geht es nicht um

die Korrektur der Kriegsschuldfrage, wie Heierfeld behauptete, sondern um ganz andere Dinge!

Rodner urgiert weiters die Reform des Staatsbürgerrechtsgesetzes und eine benevolente Handhabung des Gesetzes über den Unterhaltsbeitrag und schließt mit der Erklärung, daß wir selbstverständlich in Konsequenz unserer Koalitionspflicht, aber auch, weil wir die Situation in unserem Staate erfassen, für den Staatsvoranschlag stimmen werden! (Beifall.)

Malypetr deckt Udrzal

Die Nationalversammlung hat bereits kontrolliert.

Zu Beginn der gestrigen Parlaments Sitzung gab der Vorsitzende eine Ansprache des Ministerpräsidenten Malypetr bekannt, worin dieser auf das Verlangen des früheren Ministerpräsidenten Udrzal einging, die Regierung möge mit Rücksicht auf gewisse Angriffe Ströbrns die Wirtschaftsgebarung der Regierung Udrzal auf das strengste untersuchen und dem Hause einen entsprechenden Bericht unterbreiten.

Malypetr weist in seinem Schreiben darauf hin, daß die Regierung der Überzeugung darauf sei, daß das Recht der Kontrolle der tatsächlichen Wirtschaftsführung einer Regierung nach der Verfassung von den gesetzgebenden Körperschaften vornehmlich auch durch die Prüfung und Genehmigung der Staatrechnungsabschlüsse ausgeübt wird. Hinsichtlich der Regierung Udrzal sei dies für die Jahre 1929 bis 1931 durch Genehmigung der Rechnungsabschlüsse bereits geschehen; damit sei der Regierung das Absolutorium erteilt. Auch bezüglich der sonstigen Tätigkeit der Regierung haben die gesetzgebenden Körperschaften im Rahmen der Verfassung, der einschlägigen Gesetze und der Geschäftsordnung ihre klar ausgesprochene Kontrollkompetenz.

Die Belegschaft der Truppschützer Schächte gekündigt

Auf den Schächten Anna und Andreas in Truppschitz bei Komotau wurde am 15. Dezember die gesamte Belegschaft 14tägig gekündigt. Die Schächte, die der „Union Kohlenwerke A.G.“ gehören, hatte die bekannte Firma „Stejkal a spolenoost, Prag“ seit dem 5. Jänner 1930 gekündigt. Diese Firma ist Millionen Kronen Steuern schuldig und darum werden die Schächte jetzt durch die Finanzprokuratur exekutiv verkauft. Die Firma mußte nun die Belegschaft kündigen, weil sie ja nicht weiß, ob sie nach dem 31. Dezember noch Eigentümerin des Betriebes sein wird. Die Betriebsräte haben die Kündigung selbstverständlich entschieden abgelehnt, unter Berufung auf die Prager Vereinbarungen, die Kündigungen nicht zuläßt. Ueberdies hatte die Betriebsleitung in diesem Falle auch nicht die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes eingehalten.

Auf den beiden Schächten sind 418 Arbeiter und 22 Anestellte beschäftigt, die zusammen für etwa 1400 Familienangehörige zu sorgen haben. Wenn diese Menschen arbeitslos werden, so wäre dies für zahlreiche Arbeiterfamilien ein furchtbarer Schlag. Viele Leute würden dann vor allem der Gemeinde Truppschitz zur Last fallen, die durch die Steuerhinterziehungen des Stejkal ohnehin an den Rand des Bankrotts gebracht wurde. Die Partei und die freie Gewerkschaft werden daher alles unternehmen, um eine Katastrophe zu verhüten.

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

„Ich bin der Bruder von Lene Cornelius und möcht gern mit Ihnen was besprechen. Sie sind doch Herr Rudolph Groß.“
 „Der bin ich wohl. Ich habe aber gar kein Bedürfnis, mit Ihnen zu sprechen“, gab Groß schroff zurück und wollte weiter gehen.
 „Nur mit gar so von oben runter, Herr Groß. Dazu ist gar keine Ursache.“ Hans war durch die hochmütige Art des Groß in gereizte Stimmung gekommen. „Wir können doch in aller Ruhe über die Sache reden.“
 „Was soll denn da noch groß zu betonen sein? Ich weiß, daß Ihr Fräulein Schwester ein Kind erwartet, und Ihre Schwester weiß, daß ich sie nicht heiraten werde. Sie können sich also darüber jedes weitere Wort sparen. Herr Cornelius.“
 „Vom Heiraten ist ja auch gar lei Red. Die Lene will von Ihnen ja gar nix mehr wissen und ist Sie auch nit heiraten, wenn Sie das jetzt wollten.“
 „Schau an“, tat Groß spöttisch. „Dem gnädigen Fräulein wäre ich jetzt wohl gar nicht mehr aut genug! Das ist ja höchlichst interessant! Aber Ihre Schwester braucht sich über diese Frage keine Sorgen machen. So eine heirate ich nicht!“
 In Hans lockte die Wut heiß auf. Sollte er Lene von dem Putsch jetzt oberdrein noch beschimpfen lassen?
 „Was heißt das: So eine?“
 „Was das heißt?“ Groß spielte nervös an dem luxen Knopf seines dicken Spazierstods.

„Das heißt, daß ich niemals ein Mädchen heirate, das so ohne weiteres die Beine breit macht.“
 „Das war zu viel für Hans. Besinnungslos vor Wut, stürzte er sich auf Groß, schlug mit geballten Fäusten auf ihn ein, entriß ihm seinen Stock, und ehe Franz ihn noch zurückhalten konnte, hatte er mit dem Knopf des dicken Stodes zwei wichtige Schläge gegen den Kopf des Groß geführt.
 „Du Schuft, du gemeiner!“ schrie er, außer sich vor Wut.
 Groß sammelte, sagte zusammen und blieb bewußtlos liegen. Im Nu hatte sich eine Menschenmenge angeammelt, und es dauerte nicht lange, da war auch ein Schutzmann zur Stelle. Ein Arzt wurde herbeigerufen, und nach Anlegung eines Notverbandes, schaffte man Groß ins Krankenhaus. Hans mußte mit zur Polizeiwache. Franz und einige zufällige Zeugen des Vorfalls gingen ebenfalls mit.
 Jetzt kam Hans erst zum Bewußtsein, was er angerichtet hatte. Auf der Polizeiwache fand ein eingehendes Verhör statt. Auch Franz gab den Vorgang der Sache zu Protokoll. Die übrigen Zeugen hatten nur gesehen, wie Hans sich auf Groß gestürzt hatte, und wie dann Franz hinzugesprungen war.
 Hans kam zunächst in Polizeigebäude und sollte am andern Tag ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden. Franz ließ gleich zum Anwalt, um Vater Cornelius zu verständigen. Er erzählte ihm alle Einzelheiten, wie es gekommen sei. Der Groß habe die Lene so gemein beschimpft, daß jedem anderen auch die Galle hochgekommen wäre. Viel könne dem Hans da wohl nicht passieren.
 Vater Cornelius schimpfte, daß sich Hans überhaupt um die Sache gekümmert habe. Das wäre doch nicht nötig gewesen. An allem wäre aber bloß der verfluchte Tanzkurs schuld. Ohne den hätte die Lene den Groß nie gesehen, und die ganze Geschichte wäre nicht passiert. Er machte

sich aber trotz seines Schimpfens gleich auf den Weg zur Polizei, um zu erreichen, daß Hans freigelassen werde. Man wies ihn aber ab. Das gehe nicht. Zunächst müsse Hans erst vom Untersuchungsrichter vernommen sein.
 Am Samstag mittags gab in der Stube der Frau Berta Lehner viel Aufregung und Tränen. Vater Cornelius war am Vormittag beim Untersuchungsrichter gewesen, der ihm versprochen Hans sobald wie möglich in Freiheit zu setzen. Vorläufig konnte man jetzt nichts weiter in der Sache tun.
 Als der Vätermeister Nilsan Hein nachmittags zur gewohnten Stunde ins Café Ströchen kam, hatten keine beiden Tardobrüder den Generalanleger vor und unterhielten sich eifrig über eine Lokalnotiz. Sie schoben Nilsan Hein die Zeitung hin und wachten ihn auf die Notiz aufmerksam. Da las er dann, daß gestern abend ein junger Mann einen kaufmännischen Angestellten nach kurzem Wortwechsel auf der Straße mit einem Stock niedergeschlagen habe. Der Nebenfallene sei bewußtlos ins Juliusbüchel gebracht worden, wo die ärztliche Untersuchung eine schwere Gehirnerschütterung feststellte habe. Der Täter, ein vierzigjähriger Marktführer namens Hans Cornelius, sei verhaftet worden.
 Dem Nilsan Hein kam es nicht gleich zum Bewußtsein, wer der Täter sei. Aber Karl Spieß, der von Hein vor einiger Zeit darüber unterrichtet worden war, warum die Gretl nichts von seinem Michel wissen wolle, machte ihn noch besonders darauf aufmerksam:
 „Nilsan, du hast wohl gar nit g'lehn, wer das ist? Hans Cornelius heißt er! Der sitzt jetzt im Michelshelldich!“
 „So, der is es!“ sagt Nilsan Hein gedehnt, und ein Empfinden wie Triumph steigt in ihm auf. „Ganz gut“, sagte er dann befriedigt, daß der mal hinter schwedische Gardinen kommt. Da wer'n vielleicht gewisse Leute vernünftig...“ Und er schaute Karl Spieß vielzögend an.

Nilsan Hein überlegte schon, wie er diesen Vorfall daheim auswerten wollte. Aber der Keller brachte die Karten, und das Herz, Zolo, den Karl Spieß anmeldete, lenkte ihn wieder von diesen wenig freundschaftlichen Familiensdank ab.
 Abends beim Essen fragte Vater Hein seine Frau, ob sie in der Zeitung die Sache von Hans Cornelius gelesen habe. Aber ehe Frau Hein noch antworten konnte, mischte sich Franz ein. Er sei selbst dabei gewesen, und der andere habe Hans bis aufs Blut gereizt. Da wäre es schon zu verstehen, daß der Hans zugeschlagen habe.
 „Natürlich“, warf Vater Hein ärgerlich hin. „Du müßt ihm auch noch die Stanoen halten! Was am End selber noch bei der Kauferei beteiligt gewesen? Kommt dann auch noch vor's Gericht, und der Sohn des Vätermeisters Nilsan Hein wird dann durch die Zeitungen gezogen. Das fehlt mir grad noch! Ueberhaupt, wie kommt denn der Hans im Winter nach Würzburg? Jetzt is doch lei Mesh!“
 Gretl war während dieses Gesprächs schliefen aus dem Zimmer gegangen, weil sie einen neuen heftigen Auftritt mit dem Vater wegen Hans befürchtete.
 Franz setzte auseinander, daß die Cornelius den ganzen Winter in Würzburg wären, weil die Mutter krank geworden sei. Bei dem Zusammenstoß gestern wäre die Schwester vom Hans gemein beschimpft worden, und dadurch sei alles gekommen.
 „Und wenn einer über mei Schwester was schlechtes sagen tät, dann bekäm er meine Häuß auch zu spüren...“
 „Das is mir ganz wurscht, wie's gestern abend gewesen is. Der Hans kommt jetzt ins Ruchthaus, und mit einem Ruchthändler darf die Tochter vom Vätermeister Nilsan Hein unter seinen Umständen mehr achn. Das bin ich meiner Reputation schuldig!“
 (Fortsetzung folgt.)

Das neue Hopfenprovenienz-gesetz

Regulierung der Anbauflächen durch Regierungsverordnung.

Im Einlauf der gestrigen Parlamentsitzung fand sich u. a. auch das neue Hopfenprovenienz-gesetz, das an die Stelle des Gesetzes 297/1921 treten soll.

Im I. Teil, der von der Hopfensignie-rung handelt, wird u. a. die Beglaubigung des Hopfenurprinzips, die bisher nur für Export-hopfen obligatorisch war, allgemein eingeführt und das Ausschließrecht der Behörden erweitert. Ab 1935 sollen alle Hopfenbesitzer des betreffenden Gebietes in einer Zwangsorganisation vereinigt werden.

Neu ist der zweite Teil, der der Regierung bis 1938, eventuell bis 1940 die Möglichkeit einer zwangsweisen Reduzierung der Hopfenanbauflächen gibt.

Wenn besonders Gründe es erfordern, kann die Regierung auf Antrag der zuständigen Organi-sationen durch Verordnung das Gesamtan-satz der Hopfengärten bestimmen, auf welchen im laufenden Jahr Hopfen gebaut werden darf.

Dabei ist Rücksicht zu nehmen auf den Schutz der kleineren und mittleren Hopfenbauern und her-vorragender Hopfengebiete und -gemeinden, auf solche Produzenten, die in den letzten Jahren bereits eine durchgreifende Beschränkung ihrer An-bauflächen vornahmen sowie endlich auf das Ver-hältnis der Hopfenfläche zur gesamten Ackerfläche des landwirtschaftlichen Betriebes in der betreffen- den Gemeinde. Auf Produzenten mit weniger als 0,5 Hektar Hopfengärten bezieht sich diese Bestim-mung überhaupt nicht.

Neue Hopfengärten dürfen — wenn es sich nicht um den Ertrag aufgelaßener handelt — nur mit Bewilligung des Landesamtes errichtet werden.

Die Besitzer von Hopfengärten müssen ferner jährlich zum 1. August dem statistischen Staatsamt ihre Hopfenvorräte anmelden. Vorver-sätze von Hopfen vor dem 15. Juli sind rechts-unwirksam.

Der Staatsangestelltenausschuß der Koali-tion hat gestern der Regierung gewisse Verbes-serungen des zur Beratung stehenden Entwurfes über die Gehaltskürzung vorgeschlagen. So sol-len von der Kürzung der Aktivitätsgebühr von Ehegatten, die beide im Staatsdienst stehen, be-zogen werden, die Angehörigen bis zu einem Gehaltsminimum von 6300 Kronen jährlich nicht betroffen werden. Ebenso sollen diejenigen Vertragsangestellten, deren Beträge noch nicht nach dem Gehaltsgesetz geregelt sind, von allen Kürzungen ausgenommen werden. Neben weiteren kleineren Änderungen soll fer-ner ausdrücklich ausgesprochen werden, daß die Regierungsverordnung mit 31. Dezember 1934 ihre Wirksamkeit verliert. — Diese Anträge wurden vorläufig dem Finanzminister vorgelegt.

Weibliche Staa sandestellte

werden in Oesterreich abgebaut.

Wien, 19. Dezember. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Teil eine Verordnung gegen Doppeldienst oder Nebenverdienst. Die Verordnung bestimmt die Entlassung der verheirateten weiblichen Kräfte aus den Diensten des Staates, sofern ihre Ehe-männer 310 Schilling monatliches Einkommen haben. Bei Angestellten mit Mittelschulbildung wird diese Verdienstgrenze mit 400 Schilling, bei Beamten mit Hochschulbildung mit 460 Schilling festgesetzt.

Außerdem wird durch diese Verordnung für Angestellte und Pensionisten staatlicher Unter-nehmungen die obligatorische Bekannngabe eines eventuellen Nebenverdienstes eingeführt.

Die Gemeindeverwaltungen unter SA-Kommando

Ausschaltung aller gewählten Beratungskörper

In den vielen Tausenden deutscher Gemein-den haben die Abgeordneten aus allen Bevölke-rungskreisen gute Verwaltungsarbeit geleistet. Die kommunale Arbeit war in Deutschland ge-tadezu vorbildlich organisiert. In ihr entwickelten sich die guten Kräfte des mündigen Volkes. Die Gemeinden leisteten soziale Arbeit, so lange sie konnten. Sie waren insbesondere für die Arbeiter wichtige soziale Positionen, deren Wert die pro-letarischen Parteien wohl zu schätzen wußten.

Die Vertreter der Arbeiter sind schon lange aus den deutschen Gemeindefunktionen entfernt. Weder Sozialdemokraten noch Kommunisten haben auch nur in einer deutschen Gemeinde etwas zu sagen. Die rührigsten Gemeindefunk-tionäre aus den sozialistischen Parteien sitzen in den Konzentrationslagern. Noch aber waren bis-her die anderen Mitglieder der Gemeindevertre-tungen beisammen. Sie hatten zwar nichts zu sagen, da sich überall ein Nationalsozialist an die Spitze gestellt hatte und alle Fragen „autoritär“ erledigte. Aber formal waren sie die Vertreter der Bevölkerung, hervorgegangen aus einer rich-tigen Wahl und mit dem Rechte ausgestattet, in die Geschicke der Gemeinde ordnend und bestim-mend einzugreifen.

Dies hört nun in Preußen auf. Das Preu-ßische Staatsministerium hat nämlich in neuen Gesetzen bestimmt, daß von nun an an der Spitze

Westböhmen stirbt!

Arbeiter, die im Nichts verschwinden

Der „Volkswille“, unser Karlsbader Bruderblatt, berichtet in seiner Dienstag-Ausgabe über die unsäglich traurigen wirt-schaftlichen Verhältnisse in Westböhmen. Wir entnehmen der erschütternden Schil-derung folgende Stellen:

Im Jahre 1931 wütete die Wirtschaftskrise in Westböhmen bereits derart, daß bei den amt-lichen Meldestellen schon 44.777 Arbeitslose gemeldet waren. Zu dieser Zeit aber waren in den Arbeiterversicherungsinstituten des Karlsbader Kreises (das sind die Versicherungsanstalten Aſch, Eger, Elbogen, Falkenau, Grasslik, Joadimschul, Raaden, Karlsbad, Neudorf, Boderham und Wei-pert) noch 127.539 Arbeiter als beschäftigt gemel-det. Man erfaßte damals also statistisch noch eine Gesamtzahl von 172.316 Arbeitern und Arbeits-losen im Karlsbader Kreise. Zweieinviertel Jahre später (mit dem Stichtag 30. September 1933) war die Zahl der Krankenversicherten Arbeiter im Kreise auf 103.005 gesunken und bei den Bezirks-arbeitsvermittlungsanstalten waren derzeit 53.293 Arbeitslose gemeldet. Das ergibt an Arbeitern und Arbeitslosen eine gesamte Zahl von 161.298. Mit anderen Worten:

In der Zeit vom 30. Juni 1931 bis zum 30. September 1933 sind im Karlsbader Kreise 11.018 Arbeiter aus der Statistik über-haupt verschwunden.

Wo sind sie? Ein Teil von ihnen mag in andere Bezirke abgewandert sein und dort bei der Arbeitslosenstatistik in Erscheinung treten. Tau-sende aber sind wohl darum nicht mehr zu er-fassen, weil sie sich gar nicht mehr melden, weil sie alle Hoffnung aufgegeben haben.

Mieterschutzverlängerung bis 28. Feber 1934 angenommen

Prag, 19. Dezember. Im Parlament ent-wickelte sich heute anlässlich der unveränderten Verlängerung der Wohnungsgesetze um zwei Monate eine längere Mieterkühdebatte, in der von verschiedener Seite das Bedauern an-geprochen wurde, daß die im Vorjahre vom Für-sorgeministerium eingebrachte Vorlage eines defi-nitiven Wohnungsgesetzes noch nicht zur parla-mentarischen Verhandlung gelangt ist.

Der Referent Langr (ſch. Nat.-Soz.) betont, daß die berräthliche Mehrheit namentlich der kleinen Wohnungen noch immer unter dem Wiedereinbruch steht. Es handelt sich um die sozial Schwachen und schwäch-sten Schichten, die des Schutzes unbedingt be-dürfen. Es ist aber unausweichlich, daß dieses Problem einmal definitiv gelöst wird. Auch der tschechische Genosse Chalupa tritt für eine defi-nitive Regelung ein.

In der Debatte erwies sich der Christlichsoziale Partei als sehr besorgt um die Hausbesitzer, die angeblich vielhoch der sozial Schwache, schutzbedürftige Teil seien. Er erklärte, daß seine Partei sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde. — Für die Arbeiterliga sprach Rajemil, selbst ein Ver-treter von Mieterorganisationen, der es ebenfalls be-dauernde, daß der Entwurf des definitiven Wohnungs-gesetzes nicht verwirklicht wurde. Zwei kommunisti-sche Reden beendeten die Debatte.

Die Verlängerung wurde dann in beiden Lesungen vorgenommen. Ebenso wurden geneh-migt: die Verlängerung des Abnahme-zwanges für gewisse heimische Agrarprodukte (Wehl, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fett, Milchpro-

dukte und Grünzeug), der Ausschub des Steuer-überwälzungsverbotcs um ein weite-res Jahr und die Verlängerung der Krisen-zuschläge zur Einkommen- und Lohntien-steuer um zwei Jahre.

| | | | |
|-----------------------|--------|--------|---------|
| 4—12 | 15—24 | 27—36 | über 36 |
| am 30. Juni 1931 | | | |
| 35.841 | 41.199 | 45.226 | 3.002 |
| am 30. September 1933 | | | |
| 33.943 | 33.098 | 27.440 | 2.631 |

Rechnet man die wahrscheinliche Lohnsumme nach den Lohnklassen, so ergibt sich daraus, daß noch im Jahre 1931 die tägliche Lohnsumme 2.677.250 Ks, am 30. September 1933 aber nur noch 1.957.032 Ks betragen haben dürfte. Das heißt, daß in den Bezirken des Karlsbader Kreises

täglich um 720.218 Ks weniger an Lohn aus-bezahlt werden.

Als Referent zur ersten Vorlage hielt es Dubický (Agr.) für unbedingt notwendig, für die Einschränkung der Margarineerzeugung zu plädieren, weil dadurch der Abfall inländischer Butter und inländischer fettes Leide. Man müsse eine Kontrolle der Erzeugung von Margarine und künstlichen Speisefetten einführen und diese Produkte mit Abgaben belegen, wenn nicht die Fleisch- und Milchproduktion be-droht werden solle.

In Wirklichkeit reizt wohl die Margarine-vertierung, die eine der ersten Taten des nationa-sozialistischen Regimes in Deutschland war, zu allem anderen als zur Nachahmung! Sie wurde keinesfalls eine Steigerung der Butterkonsums zur Folge haben, weil sich heute breite Bevölkerungsschichten Butter einfach nicht leisten können. Wenn man diesen Menschen nun auch noch die Margarine verteuert, so könnten sie ihrem Körper nicht einmal mehr in dieser Form die nötigen Fettstoffe zuführen, und eine weitere Steigerung der Unter-ernährung wäre die einzige Folge!

Die Verlängerung der Zuschläge zur Ein-kommensteuer begründete derselbe Referent mit dem unausweichlichen Bedarf der Finanzverwaltung. Die Finanzverwaltung sollte sich aber noch nach neuen Steuerquellen umsehen, die eine gerechtere Ver-teilung der Steuerlast mit sich bringen würden. Er verweist dabei u. a. auf die hohen Kartell-gewinne und auf verschiedene Begünstigungen für das Ruderartell, die den erhofften Effekt — den Verfall des Ruderexportes aufzuhalten — ja doch nicht gebracht haben.

Alle diese Vorlagen wurden zum Schluß un-ändert in beiden Lesungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, durch den dem inter-nationalen Flugabkommen innerstaatliche Gültigkeit verliehen wird, und vier weitere Wirtschaftsabkommen untergeordneter Natur. Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, um weitere Ausschüßberatungen zu ermöglichen, und die nächste Sitzung für 4 Uhr anberaumt.

In der Zwischenzeit erledigte der Verfassungs-ausschuß die Verlängerung des Exekutions-schusses für die Landwirtschaft und der Gewerbe-ausschuß die Vorlage über die Einheitspreis-geschäfte.

In der zweiten Sitzung wurde der Exeku-tionsausschuß für die Landwirtschaft in Verhandlung gezogen, der bis Ende Feber 1934 verlängert werden soll.

In diese Debatte, die sich bis in die späten Abendstunden hinaus zog, griff von unserer Seite auch Genosse Schweichhart ein, der sich u. a. mit dem Problem der landwirtschaftlichen Verschul-dung eingehend befaßte und in diesem Zusammen-hang jede Inflationspolitik ent-schieden ablehnte. Weiters beschäufigte er sich mit der kürzlich vorgenommenen Denaturie-rung einer verhältnismäßig kleinen Menge zu Futterzwecken. Wir kommen auf die Ausführun-gen des Genossen Schweichhart noch ausführlich zurück.

An alle Abonnenten und Kolporteur!

Anlässlich der Weihnachtsfeiertage erscheint unsere Weihnachts-Ausgabe am Sonntag, den 24. Dezember, zur gewohnten Stunde. Die Ausgaben vom 26. und 27. Dezember entfallen. Die nächste Nummer erscheint wieder am Donnerstag, den 28. Dezember.

Die Verwaltung.

Momentbilder aus der russischen Wirtschaft

In der sowjetrussischen „Moskauer Rundschau“ vom 19. Dezember ist zu lesen: „Aus Magnitogorsk kommt die Nachricht, daß der erste Hochofen des Riesenhüttenwerkes ausgebaut worden ist und einer Kapitalreparatur unterworfen werden soll, die sowohl den Rumpf, die Schamottefütterung wie auch die Beschickungs-mechanismen umfassen und 70 bis 80 Tage dauern wird.“

Ein Bild in die letzten Nummern der „Za Industrialskajin“ unterrichtet uns ferner dar-über, daß Magnitogorsk am 24. November sein Tagesprogramm von 2700 Tonnen nur zu 79,3 Prozent ausgeführt hat, und zwar daß Hochofen Nr. 3 100,5 Prozent, Hochofen Nr. 2 77,2 Prozent, Hochofen Nr. 1 aber nur 55 Prozent des Planes geleistet hat, trotzdem Nr. 1 schon nach dem Plan 300 Tonnen weniger zu liefern hatte als Nr. 3.

Diese Ziffern, wie auch die Tatsache, daß der erste Magnitogorsker Hochofen in einer kurzen Zeitperiode bereits der zweiten Kapitalreparatur unterworfen werden muß, sind sehr bezeichnend. Sie bezeugen zweierlei: erstens, daß der Bau des ersten Riesenhochofens der neuen sowjetischen Metallurgie jetzt für die Vernachlässigung der Qua-lität gestraft wird, mit welcher er gebaut wurde, und daß das Refordrieren, das diesen Bau in seinen entsprechenden Etappen antrieb, jetzt seine Nachteile hat; zweitens sieht man an diesen Ziffern, wie ungeheuer viel die sowjetischen Metallurgen seit dem Bau des ersten Magnitogorsker Hochofens gelernt haben. — So wie es der sowjetrussischen Industrie mit diesem Hochofen Nr. 1 geht, geht es ihr auch mit unzäh-lichen anderen industriellen Anlagen. Sie sind zwar in stürmischem Tempo fertiggestellt worden, um dem vorgeschriebenen Plan Genüge zu tun, aber für die Produktion sind sie nur zu einem Bruchteil zu gebrauchen.

Eine andere Meldung: „Am 23. November wurde in Jugansk der erste Teil der dortigen Lokomotivfabrik in Betrieb genommen. Das Jugansker Werk wird nach seiner Vollendung die größte Lokomotivfabrik Europas darstellen. Es wird jährlich 1080 extrastarke Lokomotiven bauen, die sich durch größte Fahrgeschwindigkeit, enorme Zugkraft und die Fähigkeit auszeichnen, auch auf schwierigsten Strecken Jüge in der Länge von einem halben Kilometer zu führen. Das neue Werk ist viermal so groß als das alte. Im Jahre 1934 wird der jetzt in Betrieb genommene erste Teil 300 Lokomotiven des oben genannten Typus herstellen. In den alten Werkstätten von Jugansk und in dem jetzt in Betrieb genommene ersten Teil des neuen Werkes sind gegenwärtig 15.300 Arbeiter und 1810 Ingenieure und Techniker be-schäftigt. Um das Werk herum ist eine neue Arbeiterstadt mit einer Wohnbaufläche von 98.000 Quadratmetern entstanden.“

Dieser Auszug aus einer von reichlichen Zu-kunftsprognosen getragenen Meldung ist der im Ausland erscheinenden kommunistischen „Wolter Rundschau“ entnommen. Man kann die Freude der Sowjetbehörden über das gegenwärtige und künftige Fortschreiten der Industrialisierung ihres Reiches durchaus verstehen und doch wünschen, daß die sich aufstürmenden Schwierig-keiten vor den ausländischen Arbeitern aus Gründen der kommunistischen Propaganda nicht völlig verschwiegen werden, wie das in diesem Falle geschieht.

Ein Bluthund übt „Gnade“

Entlassungen in Brandenburg und Oranienburg.

Der amtliche Preussische Pressedienst mel-det, daß am 18. Dezember aus den Konzentra-tionslagern Oranienburg und Brandenburg die Schutzhäftlinge entlassen wurden, die auf Grund ihrer bisherigen Führung die Gewähr bieten dürften, daß sie voraussichtlich in Zukunft sich politisch einwandfrei bewegen werden. Es wür-den also jene entlassen, denen man das Rück-grat herausgeprügelt hat. Ihre Zahl wird nicht bekanntgegeben. Hingegen erfährt man, daß der Bestimmungskatrolat Diehs, der jetzige Chef der Geheimen Staatspolizei, an die Entlassenen eine Ansprache gehalten hat, in der er verlangte, die Gefangenen mögen sich „wieder in die jetzige Ordnung gehörig einfügen“. Selbstverständlich hat der Schurke Diehs auch „unnachlässliche Strenge“ für den Fall angedroht, daß die Mah-nung erfolglos wäre.

In dem Bericht des Amtlichen Preussischen Nachrichtendienstes wurde selbstverständlich auch nicht mitgeteilt, wieviel neue Gefangene an Stelle der Entlassenen in die Marterhöhlen ein-geliefert wurden.

Tagesneuigkeiten

Die Kälte läßt weiter nach.

Prag, 19. Dezember. Heute früh herrschte nur noch in einigen Bezirken der Westslowakei und in Karpathoruthland strenger Frost von -20 bis -24 Grad C. In den westlichen Ländern ist ein erheblicher Temperaturanstieg zu verzeichnen. Die Temperaturen sanken hier in der letzten Nacht an den meisten Orten nicht mehr unter -8 Grad C. Von Nordwesteuropa her dringt langsam etwas wärmere Luft gegen das Binnenland vor; Norddeutschland hatte gestern früh +1 bis +3 Grad C. Auch in unseren Gebieten ist eine weitere Erwärmung zu erwarten. Stärkeres Tauwetter dürfte jedoch nicht eintreten, da sich in den skandinavischen Ländern erneut Fröste einstellen.

Die Temperatur in Prag betrug heute um 8 Uhr -5,8 Grad C., das Minimum der Nacht betrug -6,3 Grad C.

Wahrscheinliches Wetter Mittwoch: Vorwiegend bewölkt, nur Strichweise leichter Niederschlag, Nordwestwind. Im Westen der Republik Temperaturen um Null Grad, im Karpathengebiet Frostmilderung.

Rhein-Eis in gefährlicher Bewegung.

Oberwesel (Rheinprovinz), 19. Dezember. Die Bewohner der Stadt, der nächsten Ortschaft oberhalb der Lorelei, wurden gestern abend durch neuerdings in Bewegung geratene Eismassen und ihr Gefälle aus dem Schlaf geweckt. Angestaute Wassermassen stiegen in kurzer Zeit mehrere Meter hoch und schoben die dicke Eisdicke über die Ufer hinweg und in den Sicherheitsbächen hinein. Durch die kolossale Gewalt der Eisschollen wurden die Schiffe von ihren Tauen losgerissen und auf das Land geschleift. Mehrere Schiffe erlitten hierbei schwere Beschädigungen. Die Eismassen sind inzwischen wieder etwas zur Ruhe gekommen. Für die nächste Woche warnt der Rheineiswächter eine Eiswache eingerichtet, die bei geladenen Bässern im Gefahrfall die Einwohner warnen und zur Hilfeleistung herbeiführen soll, da das Wasser bei weiterem Steigen in die Stadt eindringen würde. Die Verschiebung der Eisstauung hat eine Ausdehnung von etwa 800 Metern. Es besteht die Gefahr, daß die ganze etwa 13 Kilometer lange Eisdicke, die von der Lorelei bis am Rhein-Biebach reicht, in Bewegung gerät.

Serie der Eisenbahnunfälle.

Entgleisung bei Pilsen — ein Eisenbahner getötet.

Pilsen, 19. Dezember. Dienstag, den 19. Dezember um 1 Uhr 42 nachts entgleisten bei der Abfahrt des Schleppluges D-1 aus Dobruška vier Wagen, von denen drei vom Geleise geschleudert wurden. Der vierte blieb auf der Strecke stehen. Hierbei wurde der Eisenbahner Thomas Spejpal, der an der Bremse einer der entgleisten Wagen Dienst hatte, getötet. Die Strecke ist verbarrierekt, der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Zusammenstoß mit einem Bauernwagen.

Levica, 19. Dezember. Gestern um 21 Uhr stieß an einem ungedeckten Übergang bei dem Orte Kálnec Zug Nr. 157 mit einem Bauernwagen zusammen. Der Knecht und eine Frau, die in dem Wagen saßen, erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Landeskrankenhaus nach Levica gebracht werden. Die Untersuchung ist im Zuge.

Die Korruption in der belgischen Polizei.

Auch der Polizeichef von Löwen verhaftet.

Brüssel, 19. Dezember. Die Korruptionsaffäre in der Brüsseler Polizeiverwaltung, mit der sich heute auch der Ministerallt beschäftigt hat, breitet sich immer weiter aus. Heute Nachmittag wurde auch der Polizeichef von Löwen verhaftet. Auch die Freundin des bisherigen Brüsseler Polizeibehauptes wurde in Untersuchungshaft genommen. Ihr Name wurde in den Büchern der Firma Hauwels gefunden, was zur Entdeckung der Beteiligung des Brüsseler Polizeipräsidenten Angherhausen führte. Neben dem Benzingeschäft hat Hauwels anscheinend auch noch einen schwinigen Orden erhalten. Die Unternehmung der Brüsseler Polizei, mit denen Hauwels Handel trieb, wird auch der Orden der Ehrenlegion genannt.

Vierköpfige Familie ermordet.

Warschau, 19. Dezember. Eine vierköpfige Familie ist in dem polnischen Dorf Swileza ermordet worden. Die Täter, die bisher noch nicht ermittelt werden konnten, zündeten dann nach der Tat das ganze Haus an. Man vermutet, daß es sich um einen Raubmord handelt.

Eine Autfersfrau, die 29 Kinder gebär...

Wien, 19. Dezember. In der Universitätsklinik hat nach Berichten der Mittagsblätter eine 45jährige Frau, die Gattin eines Autfers, ihr 29. Kind geboren. Von diesen 29 Kindern waren 23 Knaben und sechs Mädchen, von denen 16 noch am Leben sind, und zwar 12 Knaben und vier Mädchen. Die Frau konnte die einzelnen

Liebe zum eigenen Volkstum — Achtung gegenüber anderen Völkern

Genosse Dérer im deutschen Schulkunst

Der Unterrichtsminister Genosse Doktor Dérer sprach gestern im deutschen Schulkunst über Wechla. Er sagte u. a.:

Es gab einmal Zeiten, in welchem die Größe der Nation an der Zahl der unterworfenen Völkerschaften gemessen wurde. Diese Zeiten sind vorbei, und wenn es auch heute noch Leute gibt, die an ihre Wiederkehr glauben und bestrebt sind, die Herrschaft der Gewalt von neuem aufzurichten, so müssen wir sagen: Es wird ihnen nicht gelingen. Nicht die Summe der Gewaltanwendungen, sondern die Summe der friedlichen Arbeitsleistungen machen die Größe und Bedeutung einer Nation aus und mehr endie Sympathie der anderen Völker ihr gegenüber. Je kleiner die Zahl der von ihr unterdrückten und je zahlreicher die Zahl jener Völker ist, mit welchen sie friedlich und freundschaftlich zusammenarbeitet, um so größer die Nation.

Indem sich die Deutschen der Tschechoslowakei den Mahnungen Wechlas folgend, für die Mitarbeit in unserem Staate entschlossen haben,

leisteten sie nicht nur dem tschechoslowakischen Staate und ihrer eigenen deutschen Sache einen bedeutenden Dienst, sondern sie bekannnten sich dadurch auch zu einer großen universalen Kulturliebe. In der Zukunft werden nur jene großen Nationen ihr Glück und Wohlergehen sichern, die ihre eigenen Interessen in den Dienst universaler Kulturdienste einstellen werden können. Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei im Sinne Wechlas bedeutet, daß kulturell, wirtschaftlich und auch zahlenmäßig bedeutende und in politischer Hinsicht hervorragende Teile des großen deutschen Volkes sich für den Kulturgedanken der Völkervereinigung und nicht für den Irrweg der Völkerverfeindung entschlossen haben.

Kinder, ihr seid noch klein und jung und von Politik versteht ihr wenig. Aber eines müßt ihr schon in der Schule erlernen: Liebe zum eigenen deutschen Volkstum, Achtung gegenüber dem tschechoslowakischen Volke, Anhänglichkeit und Treue zur Tschechoslowakischen Republik! Nur so werden wir alle ständig zusammenarbeiten können, wie es Anton Wechla gewollt.

Geburtsdaten ihrer Kinder nicht genau angeben, da sie begreiflicher Weise diese verwechselte. Die meisten Kinder hat die Frau ohne ärztlichen Beistand zur Welt gebracht. Die Geburten seien glatt von statten gegangen.

100.000 Kronen-Diebstahl

an der Frachtenkasse des Brünner Hauptbahnhofes.

Brünn, 19. Dezember. Heute vormittags entdeckte ein unbekannter Täter dem Kanzleibedienten Leopold Schwarzer von der Firma Jmazy Storel eine Aktentasche, in der sich 100.000 Ks befanden, die Schwarzer kurz vorher bei einigen Brünner Banken für seine Firma behoben hatte. Der Diebstahl ereignete sich in der Frachtenkasse im Gebäude des Brünner Hauptbahnhofes, wo Schwarzer eine Transportgebühr zu zahlen hatte.

Als Schwarzer in den Kassaraum trat, war er ganz leer. Er legte seine Aktentasche auf den Schalter vor dem Fenster und auf dieselbe seinen Hut. Sodann unterdrückte er beim Schalterfenster eine Bestätigung und als er zahlen wollte, stellte er fest, daß statt seiner schwarzen Aktentasche auf dem Schalter unter seinem Hut eine vollkommen neue braune Aktentasche lag, die allerdings leer war. Schwarzer schlug sofort Alarm. Die herbeigeeilte Polizei unternahm eine Durchsuchung, konnte aber nichts Verdächtiges feststellen.

Des Diebstahls sind zwei Männer verdächtig, von denen einer gerade in jenem Augenblick an den Schalter trat, als Schwarzer dort stand, und sich sofort entfernte. Die Firma Storel hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 5000 Ks ausgesetzt.

Der Dalai Lama gestorben.

London, 19. Dezember. (Reuter.) Nach 6 Wochen in London eingetroffenen Meldungen ist der Dalai Lama von Tibet am 17. Dezember im Alter von 60 Jahren verstorben.

Dalai Lama („Priester-Ozean“), der oberste Priester aller Buddhisten, sofern diese dem Lamaismus anhängen, d. i. die Form des Buddhismus, die er bei den Tibetern und Mongolen gefunden hat, lebt in Abgeschiedenheit in Lhasa und wird als die Verkörperung Buddhas angesehen. Nach seinem Tode wählten die Hinterbliebenen drei Anaben aus, von denen einer durch das Los als der Nachfolger des verstorbenen Dalai Lama bestimmt wird. Seit dem Jahre 1270 vereinigt der Dalai Lama außer der irdischen auch die gesamte politische Macht in seiner Hand. Im 18. Jahrhundert eröffnete die britische Ostindische Gesellschaft Freundschaftsverhandlungen mit dem Dalai Lama, die aber nach einem Zwischenfall wiederum unterbrochen wurden. Daraufhin ordnete der Dalai Lama die vollständige Absperzung der Grenze gegenüber allen Ausländern an, die nunmehr bereits über 100 Jahre andauert. Der Dalai Lama verließ nur zweimal den Residenzort Lhasa, und zwar im Jahre 1904 als Lhasa von einer britischen Expedition besetzt wurde und im Jahre 1910, als er von den Chinesen nach Indien vertrieben wurde.

16 Photoapparate gestohlen.

Frecher Einbruch in Teischen.

In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. wurde in der Brüdingasse in Teischen abermals ein frecher Einbruch verübt.

In dem neuen Wohnhausblock, u. zw. gegenüber dem Dampfschiffhotel befindet sich das Photogeschäft „Hampe“. Durch die Haustüre gelangten die Diebe zu der inneren Identität, die sie mit einem Eisen aufbrachen. Von den Regalen und aus der Auslage stahlen sie 16 Photoapparate im Werte von 18.000 Kronen. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

Eine Schultigkeit neben vielen. Unter diesem Titel befand sich in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes eine Notiz, die durch einen unaußgeklärten Irrtum Aufnahme fand und mit den darin enthaltenen Schlussfolgerungen wir uns nicht identifizieren.

Vaihinger gestorben. In Halle ist der bekannte Philosoph Professor Dr. hc. Hans Vaihinger 82 Jahre alt gestorben. Vaihinger schrieb u. a. „Goethe als Ideal universeller Bildung“ und lieferte einen Kommentar zur Kant's „Kritik der reinen Vernunft“. In den „Straßburger Abhandlungen zur Philosophie“ schrieb er „Zu Kants Widerlegung des Idealismus“. Viel beachtet wurde auch sein Werk „Nichts als Philosophie“. Als einer der besten Kenner Kants gab er seit 1896 unter Mitwirkung anderer Philosophen in zwanglosen Heften seit dem Jahre 1896 die „Kant-Studien“ heraus. Seinen eifrigen Bemühungen ist es auch gelungen, bei der 100. Wiederkehr von Kants Todestag eine „Kant-Gesellschaft“ zu gründen und eine Kant-Stiftung ins Leben zu rufen.

Der Minister für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung Dr. Spina empfängt heute, Mittwoch, den 20. d. M. nicht die üblichen Besuche.

Persönliche Rache erlaubt! Die Zeitschrift „Das Recht“ (11) veröffentlicht ein Urteil des bayerischen OLG-Gerichtes über die Gewährung von Straffreiheit nach der bayerischen Verordnung vom 2. August 1933. Ein bayerisches Gericht hatte sich geweigert, die Verordnung auf mehrere Nazi anzuwenden, da es nicht angenommen hatte, daß die Taten der Burschen für die „nationale Revolution“ geschehen seien. Das Oberlandesgericht hebt dieses Urteil auf und begründet die Amnestierung der Nazi so: „Aus dem Sachverhalt ergibt sich, daß die Angeklagten aus politischer Ueberzeugung mit dem Willen handelten, zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Staats mitzuwirken. Ohne Belang ist es, ob ihre Handlungen objektiv hierzu geeignet waren; denn nach der V.D. ist wesentlich nur die Absicht der Täter. Kann darüber die nach der V.D. notwendige Feststellung getroffen werden, so ist es nicht von Bedeutung, wenn der eine oder der andere Täter, wie es bei dem Angeklagten R. der Fall gewesen sein mag, neben diesem Willen auch noch einen anderen Zweck, für eine persönlich erlittene Unbill Rache zu nehmen, verfolgt hat, sofern nur jene Absicht, was hier ohne weiteres anzunehmen ist, der überwiegende Beweggrund war.“

Die goldene Uhr. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß am 4. Juli d. J. der Kapitän Niemann des Dampfers „Charlotte Schröder“ im Brüssel-Kanal von einer mehrhundertköpfigen Menschenmenge — mit Recht. D. Red. — auf das schwerste bedroht wurde, weil er die Hakenkreuzfahne zeigte. Stundenlang mußte das Schiff durch den Kanal und unter den von der aufgeregten Menge besetzten Brücken herfahren; das Schiff wurde mit einer Unzahl von Steinen beworfen. Die Reichsregierung hat Kapitän Niemann für sein „tägliches Eintreten zum Schutze der nationalen Symbole“ des neuen Deutschland eine goldene Uhr mit entsprechender Widmung verliehen.

Aussparung der mazedonischen Konzentrationslager. Die bulgarische Regierung errichtete im Sommer einige Konzentrationslager in Stará Zagora, Lovetsch und Plewno, in denen eine Anzahl mazedonischer Revolutionäre, und zwar sowohl Protogerow, als auch Michajlow-Anhänger interniert wurden. In den letzten Tagen wurde eine ganze Reihe von Personen aus diesen Lagern entlassen. Die Führer der Protogerow-Anhänger, wie Schandanow und einige andere, sind noch interniert. In den nächsten Tagen werden aber alle Internierten entlassen werden, da zur Erhaltung dieser Lager keine Mittel vorhanden sind.

Oberst Lindbergh, der gemeinsam mit seiner Gattin bekanntlich nach der Europa-Luftreise den Süd-Atlantik überflogen hat, wird Montag in den Vereinigten Staaten eingetroffen. Das Fliegerpaar ist in Charleston in Süd-Karolina gelandet. Lindberghs Ziel ist jetzt New York.

Durchsbares Explosionsunglück. In der Gegend der Goldbergwerke Sulpoli in Siebenbürgen explodierte eine Riste mit Sprengdynamit. Vier Arbeiter wurden getötet, fünf schwer verletzt.

300 Todesopfer eines Wirbelsturmes?

Bombay, 19. Dezember. Nach bisher unbefriedigenden Meldungen sind bei einem Wirbelsturm, der Ende voriger Woche einen Kreis der Präsidentschaft Madras heimstürzte, 300 Personen getötet worden. Außerdem sollen mehrere hundert Menschen obdachlos sein.

Ehrung der Vorkämpfer. Im September 1934 sind es hundert Jahre seit der Verbannung von sechs Landarbeitern, die in Dordchester (England) das noch kaum dagewesene Verbrechen begangen hatten, ihre Glaubenskameraden zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen zu wollen. Nun hat der Generalrat der britischen Gewerkschaften (T. U. C.) ein Preisauschreiben für eine Medaille zum Andenken dieser Vorkämpfer erlassen. Drei führende Künstler und zwei leitende Gewerkschaften bilden das Preisgericht. Der Gedenktag der Verbannung wird in Dordchester selbst und auf dem Gewerkschaftskongress in Weymouth gefeiert werden.

Flugunfall Pierre Gots. Als das Flugzeug, mit dem der französische Luftfahrtsminister Pierre Gots von Algier nach Frankreich zurückkehrte und auf dem Flugplatz der Stadt Barcelona am Dienstag eine Zwischenlandung vornahm, setzte es so hart auf, daß das Fahrgerüst zertrümmert wurde. Die Insassen kamen nicht zum Schaden.

Neue Personenhaltestelle. In Graupen bei Tepitz-Schönbau wurde eine Personenhaltestelle eröffnet, an der sämtliche die Strecke Bodenbach-Komotau befahrenden Züge halten.

Raubmord bei Leipzig. Am Sonntag wurde in Beudorf, das etwa 35 Kilometer von Leipzig entfernt liegt, der 56 Jahre alte Blantagenbesitzer Karte tot aufgefunden. Die Leiche wies schwere Schädelverletzungen und Brandwunden auf. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei ist Karte ermordet worden. Um seine Tat zu vertuschen, hat der Mörder den Toten mit Petroleum übergossen und sodann angezündet. 100 RM, die Karte in seiner Wohnung aufbewahrt hatte, sind geraubt worden.

Christlich. Die Danziger Behörden haben den Kaufleuten polnischer Nationalität den Verkauf von Christbäumen untersagt.

Flugzeug aus Holz. Das wissenschaftliche Aeroinstitut der Zivilluftflotte in Moskau hat die Arbeiten an einem neuen Flugzeugtyp „Amphibie“ abgeschlossen. Der siebenstellige Apparat ist ganz aus Holz hergestellt und kann zu Lande, auf Schnee oder auf dem Wasser starten und landen. Das Flugzeug wird im Leningrader Gebiet dem Verkehr übergeben.

Vom Rundfunk

Der holländische Arbeiterfängerbund läßt folgende Chor-Orchesterkonzerte seiner Bundesvereine durch Arbeiter-Rundfunk übertragen:

20. Dezember: Duffkonzert F-Dur, G. F. Händel; Kantate 190, Joh. Seb. Bach; „Le Déluge“ (Die Sintflut) Oratorium von Saint Saens. Aufführende: Amsterdamer Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“, Utrechter Stadiorchester, sieben Solisten. Dirigent: Anton Arelage. Uebertragung aus dem großen Konzerthaus Amsterdam (Zender Silberjubiläum, 296 M. Welle.)

8. Jänner 1934: „Die Jahreszeiten“, Joh. Vondra Utrechter Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“, Utrechter Stadiorchester, drei Solisten. Dirigent: S. Altm. Uebertragung aus dem Volkshaus, Eisenbahner Utrecht. (175 M. Welle.)

22. Jänner: „Samson“, G. F. Händel. Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“ Haag, Residenzorchester, vier Solisten. Dirigent: Piet Zwager. Uebertragung aus Haag, Geh. für Kunst und Wissen. (1875 M. Welle.)

19. Februar: „Das Märchen des Lebens.“ Rotterdammer Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“, Rotterdammer Philharmon. Orchester. Dirigent: Piet J. Hart. Uebertragung aus Rotterdam, großer Konzerthaus. (1875 M. Welle.)

7. März: „Befreiung“, R. Wagner, und 9. Sinfonie, L. v. Beethoven. Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“, Haarlems. Dirigent: Anton Arelage. Haarlem, Stadiorchester, vier Solisten. Haarlemmer Konzerthaus. (1875 M. Welle.)

4. April: „Ein deutsches Requiem“. Joh. Brahms. Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“, Amsterdam. Dirigent: Anton Arelage. Amsterdamer Konzerthaus, zwei Solisten. Uebertragung aus dem großen Konzerthaus Amsterdam. (296 M. Welle.)

9. Mai: „Sinfonie der Arbeit“, sozialistisches Oratorium von Fr. J. Olan. Arbeiter-Chor „De Stem des Volks“ Rotterdam R. M. Dirigent: S. Altm. Residenzorchester, drei Solisten. Uebertragung aus dem großen Konzerthaus Rotterdam. (296 M. Welle.)

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag:

Prag: 15.30 Schallplatten. 17.35 Französischer Sprachkurs. 18.30 Deutsche Sendung: Landwirtschaftskurs. 19.15 Konzert der Jüglinge des Blindeninstitutes. 22.35 Smetana-Konzert. — Brünn: 15.40 Frauenfunk. 17.15 Klavier mit der Jugend. 18.00 Theater und Film. 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Korger: Die Bedeutung des Wintersportes. 19.30 Radiodramme — Kofshan: 19.15 Orchesterkonzert — Preßburg: 19.30 Violinkonzert. — Wien: 15.55 Musik für Kinder. 17.00 Kinderstunde. 30.30 „Ein Volk und seine Stadt“. Querschnitt. 22.15 Abendkonzert — Weisberg: 17.00 „Tuttifantchen“. Weihnachtsmärchen von Hindemith. — Breslau: 21.20 Faust-Sinfonie von Bizet. — Berlin: 14.25 Kammermusik.

